

Im Kontext seiner großen vielbändigen Aktenedition „Berichte aus Israel 1946 – 1972“, die die vertraulichen Berichte der diplomatischen Vertreter Österreichs in Israel für den genannten Zeitraum betraf (Vgl. „Informationen“ 69/2005, S. 75ff.) hatte Rolf Steininger, Ordinarius und Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in Innsbruck, bereits in einem Ergänzungsband „Berichte aus Jerusalem – Dokumente aus dem österreichischen Generalkonsulat“, das 1927 wieder errichtet und nach dem „Anschluss“ 1938 aufgelöst worden war, publiziert.

Standen in diesen Berichten der beiden österreichischen Generalkonsuln die häufig nonverbal ausgetragenen Konflikte zwischen Klerikern verschiedener Glaubensbekenntnisse im Vordergrund, während den unter dem Dach der britischen Mandatsverwaltung stattfindenden und eigentlich den Alltag bestimmenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern deutlich weniger Beachtung geschenkt wurde, so verhält es sich bei den Berichten der deutschen Generalkonsuln für die Jahre 1924 bis 1939 genau umgekehrt, was die Dimension und Akzentuierung angeht. Insofern stellt der in gewohnter Könner- und Kennerschaft edierte Dokumentenband ein wünschenswertes Korrektiv dar.

Nach Schließung am Ende des Ersten Weltkriegs gab es erst seit 1924 wieder ein deutsches Generalkonsulat in Jerusalem, dessen Berichte im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin bis 1936 fast vollständig erhalten sind, während dies für die folgenden drei Jahre kriegsbedingt nicht mehr gesagt werden kann.

Mit Nachdruck betont der Herausgeber in seiner präzisen und stimulierenden Einleitung: „Es sind dies fast ausschließlich politische Berichte, die die Lage Palästinas beschreiben und analysieren; d.h. es geht um das Verhältnis Araber – Juden – britische Mandatsverwaltung. Dies ist ein wichtiger Teil der Vorgeschichte der Gründung des Staates Israel“ (S. 10f).

Ihre inhaltliche Relevanz beziehen die hier ausgewählten Berichte aus dem

Umstand, dass bisher keine deutschen Quellen vorliegen, die aufzeigen, wie es zur Entstehung des Krisenherdes in Palästina gekommen ist.

Durchgängig existiert also eine Dreierkonstellation in Palästina, die durch einheimische Araber, jüdische Siedler und die britische Mandatsverwaltung gebildet wird. Die Präsenz jüdischer Siedler stützte sich auf die sog. Balfour-Erklärung vom 2.11.1917, jene briefliche Zusicherung des britischen Außenministers A.J. Balfour an den Präsidenten der Zionistischen Föderation in Großbritannien Lord L.W. Rothschild, dass die britische Regierung den Juden bei der Schaffung einer nationalen Heimstätte (national home) in Palästina behilflich sein werde.

Gegen eben jene Deklaration und die von ihr abgeleitete jüdische Besiedlung Palästinas richtete sich der als „Heiliger Krieg“ ausgegebene arabische Widerstand, der bis 1937, dem Jahre seiner Ausweisung, maßgeblich (wenngleich nicht unangefochten) geführt wurde von Amin al Huseini, dem Großmufti von Jerusalem, der – jetzt politisch ohne nennenswerten Einfluss – ab 1941 aus dem irakischen Exil Verbindungen zum nationalsozialistischen Deutschland suchte und sogar von dem diplomatisch isolierten Hitler in der Reichskanzlei empfangen wurde.

Die britische Mandatsverwaltung, die zuweilen die Zusage Balfours als schwere Hypothek empfand, versuchte ihrer zweiseitigen Verantwortung gerecht zu werden und konnte es begreiflicherweise keiner der beiden im Dauerkonflikt befindlichen Parteien recht machen.

Die Situationsanalyse, die der deutsche Generalkonsul Erich Nord in seinem Bericht für das Auswärtige Amt am 18.9.1930 zeichnete, kann als durchgängig gültig für den dokumentierten Zeitraum angesehen werden:

„Die Gegensätze zwischen Judentum und Arabertum verschärfen sich trotz der durch Englands Militär- und Polizeimacht künstlich aufrechterhaltenen äußeren Ruhe und Ordnung von Tag zu Tag. In keiner noch so geringfügigen Forderung, sei es auf politischem, sei es auf religiösem oder wirtschaftlichem Gebiet, sind die feindlichen

Parteien auch nur zum leisesten Nachgeben geneigt. (...)“

So stellen denn die Kenner der hiesigen Verhältnisse mit ziemlicher Gewissheit die Prognose, dass das von England zu erwartende Programm bezüglich seiner künftigen Mandatspolitik einerseits die jüdische Partei insofern enttäuschen werde, als es ihr nicht genug und das wenige auch nur gegen Tragung der Unkosten bieten werde, andererseits aber auch die arabische Partei nicht voll befriedigen könne. Denn diese letztere betrachtet jedes Nachgeben gegenüber den jüdischen Forderungen als Verrat an ihrer national-arabischen Sache. Englands Aufgabe, den Fortschritt und die Befriedung des Landes zu fördern, wie sie ihm der Völkerbund jetzt wieder gestellt hat, wird daher eine überaus schwierige, wenn nicht unlösbare sein.“ (Dok. 41)

Sensibel registrierte man im Jerusalemer Generalkonsulat die Aufmerksamkeit, mit der die Entwicklung im Deutschen Reich nach dem 30. Januar 1933 verfolgt wurde, und beobachtete treffsicher, wieweit „die Nachrichten über die Geschichte der Juden in Deutschland hier mehr als alle andere die Gemüter sowohl der Juden als auch der Araber auf das Lebhafteste erregen“.

Die Reaktionen waren freilich höchst unterschiedlich:

„Die Juden sind natürlich auf das schwerste entsetzt über die Erschütterung und teilweise Vernichtung der jüdischen Position in Deutschland, und ihre Aufwallung in den ersten Monaten des abgelaufenen Jahres, die sich unter anderem im Boykott deutscher Waren und einigen Gewaltakten gegen das Generalkonsulat Luft machte, war eine durchaus ernst empfundene. (...)“

Die Araber haben die Entwicklung der Dinge in Deutschland auf das lebhafteste begrüßt, unter anderem weil ihnen die antijüdische Richtung gewisser Regierungsmaßnahmen sehr behagt und weil sie Deutschland um seinen Führer um so mehr beneiden, als sie erkennen müssen, dass ihnen selbst jede Führergestalt fehlt. (...)

Bei den Arabern Palästinas ist das Gefühl gewachsen, dass ihr Kampf gegen die jüdische Einwanderung und gegen die Regierung geradezu der Vorläufer für eine weitere

um sich greifende Befreiungs- und damit Vereinigungsaktion der arabischen Welt sei. Dieses Gefühl wärmt sie und macht sie unternehmungslustiger, mutiger – aber noch nicht stärker.“ (Dok. 88 vom 15.1.1934).

Ihre besondere Farbigkeit gewinnen die Berichte durch die Beschäftigung mit spezifischen Problemen, mit denen sich, der deutsche Generalkonsul konfrontiert sieht:

Die mangelnde Effizienz des Polizeischutzes für seinen Dienstsitz, der die Entwendung einer Hakenkreuz-Fahne und Schmierereien zulässt; die an unzureichenden Sprachkenntnissen scheiternde notwendige Beschäftigung mit der – leider nicht zu bändigenden – jüdischen Presse, weshalb kompetente Hilfe bescheidenen Umfangs erbeten wird; das kritikwürdige Unverständnis deutscher Geschäftsleute für die Ohnmacht des deutschen Vertreters gegenüber den Boykottmaßnahmen für deutsche Waren von jüdischer Seite; die massive Sorge vor dem provozierenden Auftreten deutscher Touristen mit NS-Emblemen, denen – abgesehen aus Berlin – zur Zurückhaltung geraten wird; die permanenten Klagen der etwa 2000 in Palästina lebenden deutschen Kolonisten, die ihre landwirtschaftlichen Produkte kaum noch absetzen können und auch um ihre Sicherheit fürchten.

Die hier zu konstatierenden argumentativen Eiertänze signalisieren die erhebliche Schwierigkeit, die große Politik in Berlin vor Ort zu vertreten zu müssen, aber nicht wirklich nachvollziehen zu können.

Bei dem negativen Resultat, was die Lösung des gemeinhin als unüberwindbar eingestuften Konflikts betrifft, in dem „Recht gegen Recht“ stand, darf – und dafür liefern die Berichte der deutschen Generalkonsuln eindrucksvolle Belege – nicht übersehen werden, dass die britische Mandatsverwaltung es an Phantasie und Initiative nicht hat fehlen lassen. Sie hat Kommissionen eingesetzt und Konzepte entwickelt – etwa den Teilungsplan von 1937, der zwei unabhängige Staaten vorsah –, die aktuell anmuten, aber an den Verhältnissen, die zudem in hohem Maße von außen bestimmt wurden, allesamt scheiterten. Es ist nicht nur der Altersmilde seiner Kritiker geschuldet, wenn die von Rolf

Steininger entwickelte Form der Aktenpräsentation, die vor allem durch ein ausgeprägtes didaktisches Gespür gekennzeichnet ist, eine wachsende Akzeptanz, ja geradezu bewundernswerte Anerkennung findet. Sie hat bei dem anzuzeigenden Band, der – erwartungsgemäß – einen instruktiven Bildteil einschließt, neuerlich ihre Vorzüge voll entfaltet.

OStD. Werner Ripper, in: *Informationen für den Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer*, Heft 75/2008, S. 93 ff.